Der Bundesrat darf die Bevölkerung nicht mit einer Rhetorik der Alternativlosigkeit einlullen.

Margit Osterloh

Wider das Autoritätsvirus

Von Margit Osterloh

Seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie ist viel die Rede von einer neuen Lust auf autoritäre Regierungen und auf bereitwillige Selbstentmündigung des Souveräns. Wir haben widerstandslos hingenommen, dass fundamentale Rechte eingeschränkt wurden. Zum ersten Mal in der Geschichte gibt es eine von Regierungen absichtlich ausgelöste weltweite Rezession. Das alles mit Zustimmungsraten, die wir bis vor kurzem noch für unmöglich gehalten hätten.

Gleichzeitig hat sich ein Umgang mit dem Souverän entwickelt, der einer überholten Form der Pädagogisierung entspricht, die eine Selbstaufklärung der Bürger verhindert: In ihrer schwächsten Ausprägung äussert sich diese Pädagogisierung in einer Mischung aus Mahnen und Drohen, mit der Gehorsam erreicht werden soll. Eine weitaus stärkere Variante ist die manipulative Information der Bevölkerung.

Wir werden täglich mit Kurven von Corona-Infektionen geängstigt, die wenig aussagen, weil sie von der Anzahl der Tests und den Teststrategien abhängig sind. Dagegen gibt es kaum Vergleiche mit Opferzahlen anderer Krankheiten. Es werden sogar irreführende Informationen verbreitet, die einerseits vom eigenen Versagen ablenken und andererseits unerwünschtes Handeln verhindern sollen. So nimmt man erstaunt zur Kenntnis, dass offizielle Stellen wochenlang vom Tragen einer Gesichtsmaske abrieten, um dies später zur Bürgerpflicht zu erklären.

Wir denken zu schnell

Wie ist eine solche Ausbreitung des Autoritätsvirus zu erklären? Krisen waren schon immer Zeiten der Exekutive. Menschen reagieren auf Schocks anders als auf gewohnte und zeitlich verteilte Risiken, wie dies beispielsweise bei alljährlich auftretenden Influenzawellen der Fall ist. Um mit Daniel Kahneman, dem Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, zu sprechen: In Schock- und Stresssituationen neigen wir zu «schnellem Denken» anstelle eines langsamen und abwägenden. So reagieren wir heftig auf die schrecklichen Bilder von Leichentransporten in Norditalien, ohne den Kontext zur Kenntnis zu nehmen und uns zu fragen, inwieweit eine solche Situation bei uns eintreten könnte.

Wir lassen uns von der Zahl der Corona-Toten schockieren, ohne uns zu informieren, wie diese in Relation zu anderen Todesursachen – etwa dem Rauchen – stehen. Verstärkt wird diese Reaktion durch die Zuarbeit mancher Medien. Zu Recht wurde kritisiert, dass das öffentlich finanzierte Fernsehen und Radio nur sehr zögerlich kritische Stellungnahmen zulässt. Manche Zeitung hat ein Interesse daran, mit Panikmache Auflagensteigerungen zu erreichen. Einige Politiker machen sich dies zunutze nach dem Motto: Verpasse nie eine gute Krise, um dich als Macher zu präsentieren. Sie erhalten prompt sagenhafte Zustimmungswerte. Zugegeben – in der Schweiz haben wir noch keine Corona-Sheriffs, aber wir haben zugesehen, wie sich das Parlament selbst aus dem Spiel genommen hat und sogar die Kommissionssitzungen ausgesetzt wurden.

Der schlafende Demos

Alles in allem erhält man einen bedrückenden Eindruck davon, wie schnell eine funktionierende Demokratie narkotisiert werden kann. Das löst böse Erinnerungen aus. Wie kann solches in Zukunft verhindert werden?

Es könnte *erstens* die Stellung des Parlaments gestärkt werden – etwa mithilfe eines Ad-hoc-Gremiums von Verfassungsjuristen, welches in Krisenzeiten unabhängig von der Exekutive die Rechtsstaatlichkeit überwacht. Ebenso wichtig wäre *zweitens*, dass die jeweils zuständigen Bundesämter über ihre unsicheren wissenschaftlichen Grundlagen ausführlich informieren. Auch müssen Vergleichsgrössen geliefert werden: etwa Zahlen zu anderen Lebensrisiken und Todesursachen. Das hilft, Panikreaktionen und «schnelles Denken» zu vermeiden.

Es müssten *drittens* staatlich alimentierte Medien – vor allem Fernsehen und Radio – verpflichtet werden, nicht nur als Erfüllungsgehilfe der Exekutive zu handeln. Experten unterschiedlicher Disziplinen – nicht nur Virokraten – müssen mit unterschiedlichen Meinungen zu Wort kommen. Zuspitzung und Dramatisierung sind zu vermeiden. Das nimmt den Laien etwas von ihrer gefühlten Schutzlosigkeit. Und vor allem müssen – *viertens* – Politiker ihre Ungewissheit kommunizieren, anstatt so zu tun, als träfen sie mit Gewissheit richtige Entscheidungen.

Im vorliegenden Fall wurden alternative Strategien nicht öffentlich diskutiert – etwa die Strategie der versuchten Unterdrückung des Virus contra eine Strategie der allmählichen Immunisierung der Bevölkerung. Der Bundesrat darf die Bevölkerung nicht mit einer Rhetorik der Alternativlosigkeit einlullen. Vielmehr sollte man das Mitdenken anregen. Das bewirkt einen überzeugten Vollzug der beschlossenen Massnahmen. Das zeigen die in Volksabstimmungen geübten Schweizerinnen und Schweizer auch sonst in hervorragender Weise.

—

Margit Osterloh ist Betriebsökonomie-Professorin (em.) der Universität Zürich, Ständige Gastprofessorin an der Universität Basel und Forschungsdirektorin bei Crema – Center for Research in Economics, Management and the Arts, Zürich.

Menschliche Würde gibt es nur in Freiheit

Von Pascal Couchepin

In den letzten Wochen hat uns die Regierung viele Freiheiten vorenthalten. War das legitim? War es notwendig? Bevor diese Fragen beantwortet werden können, müssen wir uns einem Grundproblem stellen und uns fragen, ob und bis zu welchem Grad wir überhaupt frei sind. Sollten wir tatsächlich abhängig sein von unseren Genen, unserem sozialen Umfeld, den Anforderungen unserer gesellschaftlichen Klasse oder unseren Leidenschaften, dann ist unsere Lust an der Freiheit an sich schon verdächtig. Was wir nicht besitzen, kann uns nicht genommen werden.

Kürzlich ist in der Zeitung «Le Temps» ein Meinungsbeitrag erschienen, der von mehreren Persönlichkeiten (unter ihnen ein ehemaliger Staatssekretär) unterzeichnet war. Sie lobten erst den Bundesrat für seine Krisenbewältigung und forderten dann in aufgesetzt ironischem Ton, dass die Regierung ihre aussergewöhnlichen Befugnisse nun nutzen solle, um die Gesellschaft im Sinne ihrer postkapitalistischen und ökologischen Visionen umzugestalten. Die Intellektuellen, die den Text unterschrieben hatten, sind offenbar bereit, die freiwillige Knechtschaft zu akzeptieren, um das zu erreichen, was sie als das Gute verstehen. Die Frage, wie wir es in Zeiten des Notrechts mit den bürgerlichen Freiheiten halten wollen, ist aktueller denn je.

Die Frage nach der Wahrheit

Doch kommen wir zurück zur Idee der Freiheit. Darf ich an dieser Stelle erst erzählen, wie ich zur Überzeugung gelangte, dass in jedem Menschen ein Funken Freiheit brennt, der sekundäre Freiheiten fordert und rechtfertigt? Ich war fünfzehn, und der Rektor des Collège von St-Maurice hatte soeben beschlossen, dass wir Schüler uns einer Reihe von Tests und Befragungen unterziehen sollten, die den Zweck hatten, uns bei unserer Berufswahl zu unterstützen. Mir wurde geraten, Gymnastiklehrer zu werden ... Doch ich war nicht sehr wendig und mochte Fussball nicht. Glücklicherweise war die Initiative des Rektors nach den Tests kein Thema mehr. Doch seither hege ich einige Vorbehalte gegenüber solchen «Assessments».

Einige Zeit später lasen und diskutierten wir zusammen mit einem intelligenten und aufgeschlossenen Lehrer, der auch ein Kanoniker war, die grossen Autoren des Zweifels: Freud, Marx und Nietzsche. Keiner von ihnen hat mich völlig überzeugt, aber alle haben mir etwas gebracht und in mir eine gewisse Skepsis gegenüber Systemen geweckt.

In den sechziger und siebziger Jahren drehten sich dann viele Freiheitsdebatten um die Frage, wie viel in uns Menschen angeboren und wie viel erworben ist. Als das Humangenom entschlüsselt wurde, dachten nicht wenige, wir stünden nun kurz davor, alles menschliche Verhalten erklären zu können. Es war eine Illusion, man hatte die Rolle der Proteine im Gehirn noch nicht verstanden, und mit der Entwicklung der Epigenetik ist die Bedeutung der Umwelt wiederentdeckt worden.

Es ist viel Zeit vergangen, und die Wette auf die Freiheit läuft immer noch. Allerdings ist dazu eine zweite Debatte unerlässlich geworden, nämlich die der Wahrheit. Kann man legitimerweise an eine objektive Wahrheit ausserhalb der wissenschaftlichen Wahrheit glauben? Haben wir das Recht, zu glauben, dass bestimmte Wahrheiten – wenn ich das so sagen darf – wahrer sind als andere? Und, wie können wir die Achtung vor dem menschlichen Individuum und den individuellen Freiheiten durchsetzen, wenn alle Meinungen gleich viel wert sind? Wie sagte doch ein für seine Überzeugungen brennender Ökologe einmal? «Lasst den Menschen verschwinden und die Affen mit ihm, damit so etwas nicht wieder passiert.»

Die Frage nach der Wahrheit zu stellen, bedeutet auch, die Frage nach der Grundlage der Menschenrechte aufzuwerfen. Ist die Vorstellung, dass die Menschenrechte unveräusserlich sind, mit einer bestimmten Kultur verbunden, oder gilt sie allgemein? Objektiv gesehen hat sie sich in der jüdisch-christlichen Kultur entwickelt, aber sie entspricht einem universellen Bestreben. Man frage bloss all diejenigen, die im Namen irgendeiner Ideologie gefoltert wurden.

Mit demokratischer Debatte

Bringen uns all diese Überlegungen von der praktischen Diskussion über den potenziellen Konflikt zwischen Demokratie und den durch die Pandemie diktierten Einschränkungen der Freiheitsrechte ab? Fassen wir zusammen: Die Freiheit ist ein Funke, der – mehr oder weniger – in jedem Menschen brennt, sie darf nur geschwächt werden, wenn es für das kollektive Überleben unabdingbar ist. Ausgangssperren allein für ältere Menschen scheinen mir vor dem Hintergrund wissenschaftlicher Gutachten, die solchen Massnahmen eine geringe Wirksamkeit zuschreiben, nicht akzeptabel zu sein. Jede Beeinträchtigung der Freiheiten ist eine Verletzung dessen, was die Würde des Menschen ausmacht. Jede Einschränkung bedroht den Funken der Freiheit. Mit anderen Worten: Man darf solche Massnahmen nicht ohne zwingende Gründe und ohne demokratische Debatte verfügen.

—

Pascal Couchepin (fdp.) war von 1998 bis 2009 Mitglied des Bundesrates. Er wohnt in Martigny.

Freiheit darf nur geschwächt werden, wenn es für das kollektive Überleben unabdingbar ist.

Pascal Couchepin